

im
FOKUS

Europäische
Wegmarken – ein
Blick aus Ungarn



- Friedensprojekt Europa: Seite 33**
Erneuerung der christlich-europäischen Kultur
- Impuls aus Ungarn: Seite 34–35**
Zwölf Eckpfeiler bürgerlicher Politik
- Transatlantische Bande: Seite 35**
Die drei Tugenden der Realpolitik
- Transatlantischer Wandel: Seite 36**
Alte Partner, neue Zusammenarbeit
- Identitätspolitik: Seite 37**
Das Ende des Wokeismus
- Trägheit und Ideologie: Seite 38**
Der sehr alte Kontinent
- Umweltschutz: Seite 39**
Der grüne Konservatismus
- Welt im Wandel: Seite 40**
Eine ungarische Perspektive



Weder unsere Heimat noch Europa kann erfolgreich sein, wenn wir nicht gemeinsam Antworten finden, die den traditionellen Werten zur Geltung verhelfen.

Foto: Shutterstock

„Dem Frieden entgegen“

Was Ungarn zur Erneuerung der christlich-europäischen Kultur beitragen kann **VON ZOLTÁN SZALAI**

Viele Artikel der „Tagespost“ behandeln ungarische Schicksalsfragen. In etlichen Texten wird über den Erhalt eines auf christlichen Traditionen beruhenden Europas, den Schutz dieser Traditionen und die Lösungen der uns umgebenden Krisen nachgedacht. Es ist geboten, sich auch als Ungar an diesem Denkprozess zu beteiligen. Das gilt nicht zuletzt, weil die Worte Konrad Adenauers auch heute noch wahr sind: Das Schicksal Deutschlands ist auch das Schicksal Europas. Auf meine Heimat trifft das vielfach zu, denn über unsere Wirtschaft hinaus ist die Anlehnung an die deutsche Kultur tief in die ungarische Kultur und Tradition eingebettet.

Ein Jahrhundert früher gab es keinen ungarischen Intellektuellen, der nicht Goethes wunderschöne Sprache gesprochen hätte. In den folgenden Artikeln analysieren wir das Durchsetzungsvermögen unseres Kontinents, die Tugenden einer arbeitsbasierten Gesellschaft, ökologische Fragen aus konservativer Perspektive sowie Schicksalsthemen wie den Schutz christlicher Werte und der europäischen Kultur.

Dabei ist es wichtig zu wissen, dass wir das um fünf vor zwölf tun. Es ist der letzte Moment – und hoffentlich nicht bereits der darauf folgende –, in dem noch etwas Hoffnung besteht, dass unsere Kinder von einer Bildung, Familienkultur und Sprache umgeben sein werden, in der die Werte europäischer Kultur als bedeutsam, die christliche Ethik als eine Norm und der Nationalstolz als natürlich betrachtet werden. Ungarn kann auch in dieser Hinsicht ein Vorbild sein. Ungarn hat trotz der Wirtschaftsprobleme und der Unbeholfenheit nach 40 schrecklichen Jahren kommunistischer Herrschaft in den vergangenen 15 Jahren viel dafür getan, eine Renaissance der patriotischen Betrachtungsweise in die Wege zu leiten und den Vorrang nationaler Werte zu etablieren. Gleichwohl kann weder unsere Heimat noch Europa erfolgreich sein, wenn wir nicht gemeinsam Antworten finden, die zur heutigen Wiederannahme alter Werte benötigt werden.

Ich habe bereits die enge Verflechtung deutscher und ungarischer Kultur erwähnt. Vilmos Szilasi, der fast anderthalb Jahrzehnte lang Inhaber des Lehr-

stuhls für Philosophie an der Universität Freiburg war, vertrat die Ansicht, dass die historische Denkweise und Kenntnisse der Traditionen nicht ausreichen; sie müssen vielmehr in jeder Epoche neu erschaffen werden. Fügen wir die Worte von Helmut Kohl von vor vierzig Jahren hinzu: „Die europäische Politik war vor allem die Politik des Friedens in Freiheit und ist es auch immer geblieben.“

Wie kann das verwirklicht werden? Welche Verteidigungslinien müssen wir errichten, damit Europa ein Synonym für Frieden bleibt? Was müssen wir tun, damit deutsche, österreichische, ungarische und polnische Wähler sowie unsere anderen europäischen Mitbürger das Gefühl haben, dass ihre Regierungen sie vertreten, auf ihre und nicht lediglich auf die Interessen irgendeines Globalisten in seinem Elfenbeinturm schauen, der abstrakte Ideale produziert, welche „allen“ und damit eigentlich niemanden ansprechen? Wie sollen wir gemeinsam auf Grundlage unserer ehrwürdigen Traditionen die Antworten auf die drängenden Fragen der Gegenwart geben und die richtigen Aufstiegsstra-

gen für unseren Kontinent entwickeln? Was muss getan werden, damit ein Leben basierend auf Bildung, Nationalbewusstsein, Kenntnis der Heiligen Schrift und christlicher Ethik, Genügsamkeit und persönlicher Verantwortung wieder begehrenswert wird? Was ist zu unternehmen, damit Meritokratie zur Norm wird anstatt Schmarotzertum auf Kosten des Staates (also anderer Steuerzahler)?

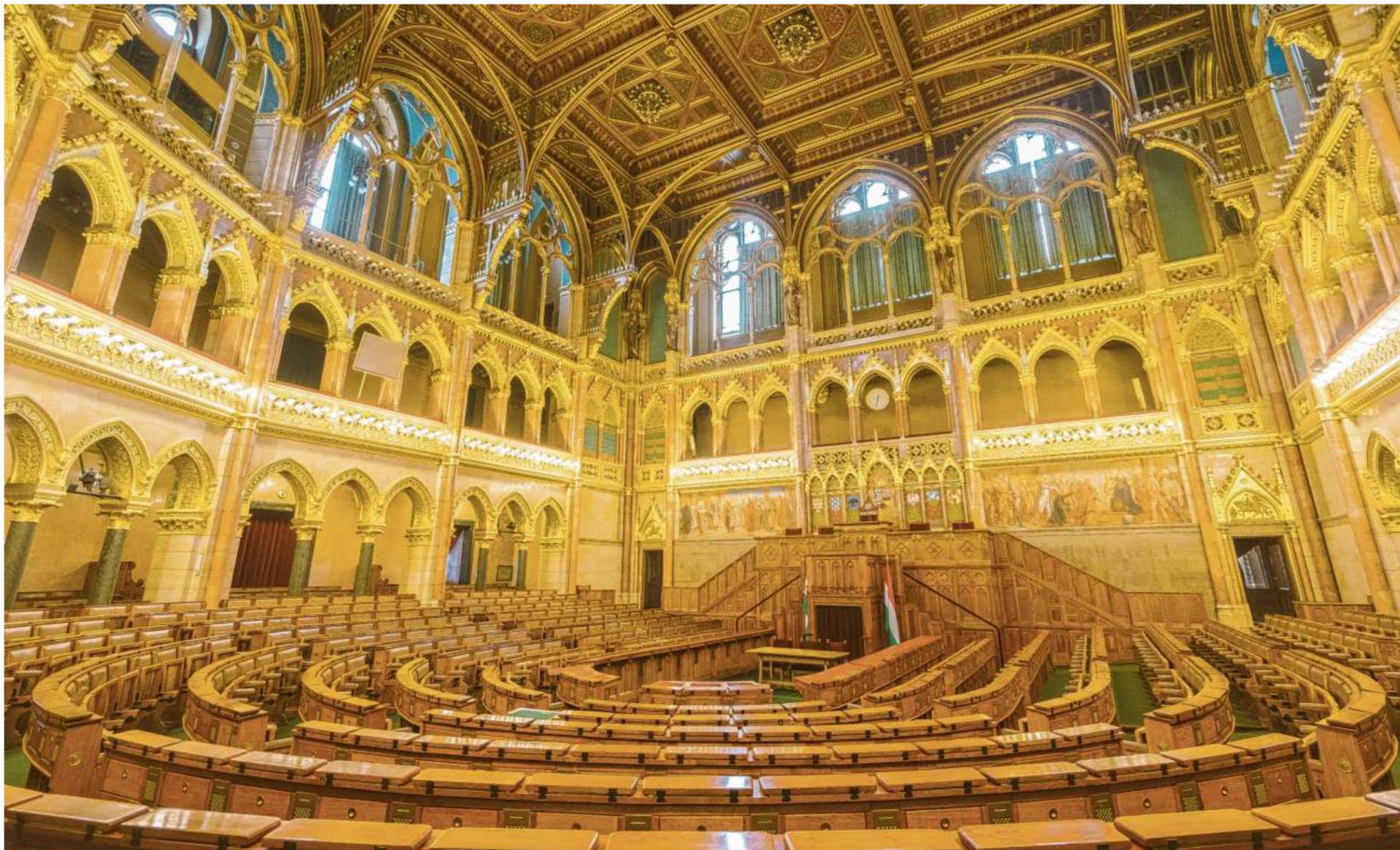
Über diese Herausforderungen muss sowohl bei uns als auch in Deutschland nachgedacht werden. Auch mit Rücksicht auf unsere persönliche Last und unsere gesellschaftliche Verantwortung gilt: Wenn wir nicht außerordentlich entschlossen und gemeinsam unsere Arbeit für ein patriotisches, christliches, wert- und leistungsorientiertes Europa tun, dann wird es niemanden mehr geben, der sie leisten kann. In den letzten Zeilen von Hermann Hesses Gedicht „Dem Frieden entgegen“ werden neben einem hoffnungsvollen Blick auch jene Bedingungen formuliert, die es zum Erreichen dieses großen Zieles braucht: „Wollet! Hoffet! Liebet! Und die Erde gehört euch wieder.“

Dr. Zoltán Szalai ist Germanist und Kulturhistoriker und seit 2009 Generaldirektor des Mathias Corvinus Collegiums. Außerdem ist er Chefredakteur der Wochenzeitung Mandiner und Vorstandsmitglied der Buchhandels-gesellschaft Libri-Bookline.



Zoltán Szalai hat einen Master-Abschluss in deutscher Sprache und Literatur der Eötvös-Loránd-Universität (ELTE) in Budapest sowie einen Master-Abschluss in Personalberatung der Universität Pécs. Seinen Dokortitel in Germanistik erwarb er mit summa cum laude im ELTE-Doktorandenprogramm.

Foto: Tamás Gyurkovics



Die vielfältigen globalen Krisen sind nicht nur eine ernsthafte Bedrohung für den Zusammenhalt Europas, sondern auch die Grundlage einer gefährlichen weltweiten Blockbildung.

Foto: Wikimedia Commons/Wei-Te Wong

Zwölf Eckpfeiler bürgerlicher Politik

Die Bürgerlichen in Deutschland und Ungarn denken nicht identisch. Trotzdem herrscht in entscheidenden Punkten Einigkeit **VON BENCE BAUER**

Die vielfältigen globalen Krisen sind nicht nur eine ernsthafte Bedrohung für den Zusammenhalt Europas, sondern auch die Grundlage einer gefährlichen weltweiten Blockbildung. Dies stellt insbesondere für die bürgerlichen Parteien eine enorme Herausforderung dar, denn sie sichern in vielen Ländern mit einer Politik von Maß und Mitte die politische Stabilität.

Trotz aller unterschiedlichen – und diskussionswürdigen – Vorgehensweisen in einzelnen Politikbereichen stimmen die grundsätzlichen Vorstellungen der bürgerlichen Parteien in Deutschland und Ungarn weitgehend überein. Dennoch wird in den deutschen medialen wie politischen Debatten die selbstbestimmte Politikgestaltung in Ungarn oft einseitig beleuchtet – dabei kann ein Blick auf die ungarischen Entwürfe lohnenswert sein. Die bürgerliche Mitte der Gesellschaft steht in beiden Ländern vor ähnlichen Herausforderungen. Die Menschen wollen durch Arbeit und Leistung bleibende Werte und Eigentum schaffen, in Frieden, Wohlstand und Sicherheit leben. Gemeinsames Ziel ist es vor allem, unseren Kindern eine lebenswerte Zukunft in einem friedlichen und geeinten Europa zu ermöglichen. Im Folgenden sollen anhand einiger exemplarisch ausgewählter Politikbereiche zwölf gemeinsame bürgerliche Grundüberzeugungen in beiden Ländern skizziert werden.

1. Gottesbezug

Den deutschen und den ungarischen Bürgerlichen ist der Bezug auf die Schöpfung

und die Werte der Aufklärung wichtig. Das christliche Menschenbild ist die ethische Grundlage für verantwortliche Politik. Eine solche Politik lässt den Menschen Freiraum zur Eigenverantwortung und Selbstverwirklichung, die nie um ihrer selbst willen, sondern immer in Verantwortung vor Gott geschieht. Glaube bewahrt auch vor ideologischer Verblendung und Absolutheitsansprüchen. In Deutschland wie in Ungarn ist der Gottesbezug verfassungspolitisches Prinzip und Grundlage individuellen wie staatlichen Handelns. Dabei beruhen beide Gesellschaften auf dem jüdisch-christlichen Menschenbild, der abendländischen Werteordnung und den Ideen der Aufklärung. Diese Fundamente zu schützen und auch an nachfolgende Generationen weiterzugeben, ist Grundlage bürgerlicher Politikgestaltung.

2. Heimat und Nation

Entgegen weitverbreiteten Tendenzen zur Zentralisierung in ganz Europa verteidigen die Konservativen den klassischen Zweisatz aus Heimat und Nation. Sie setzen sich für die Bewahrung ihrer überlieferten Traditionen und ihrer natürlichen Gemeinschaften ein. Dabei spielen das vertraute, nähere Lebensumfeld wie die unverzichtbare Ebene der politischen Nation eine wichtige Rolle. Diese natürlichen Gemeinschaften sind zu bewahren und Versuche, durch die „Große Transformation“ neue Menschen und neue Gesellschaften zu erschaffen (wie damals im Kommunismus), lehnen die Bürgerlichen entschieden ab.

3. Europa

Das durch die westeuropäischen Christdemokraten errichtete Einheitswerk Europa bleibt ohne den Beitrag der Länder Mittel- und Osteuropas nur ein Rumpfegebilde. Die Erkenntnisse und Beiträge dieser Länder werden gebraucht, um die Einheit Europas zu vollenden. Ihre Diktaturerfahrung, ihre andersgelagerten geschichtlichen, politischen und persönlichen Erlebnisse können hierzu einen bedeutsamen Beitrag leisten, insbesondere in den Bereichen Subsidiarität und Souveränität. Die ungarischen Bürgerlichen glauben fest an ein in Vielfalt vereintes Europa und wollen den europäischen Erneuerungsprozess aktiv mitgestalten. Weitere Kompetenzverlagerungen nach Brüssel sollten sich auf eine gemeinsame Verteidigung sowie einen effektiven Schutz der Außengrenzen beschränken.

4. Gesellschaftspolitik

In beiden Gesellschaften lebt die Mehrheit der Menschen in traditionellen Familienmodellen. Die innere Liberalität und Verfasstheit ihrer Länder erlaubt es den Bürgern aber auch, ein Dasein nach anderen Lebensentwürfen zu führen. In Ungarn regelt das Institut der eingetragenen Lebenspartnerschaft einen solchen Wunsch, in Deutschland die „Ehe für alle“. Die Bürgerlichen sind sich jedoch einig, dass die Minderheitengruppen nicht den Kernbereich der Politik dominieren sollten. Viele Forderungen der Identitätspolitik, des Genderismus, der Woke-Bewegung sowie der Cancel Culture lehnen

beide entschieden als Bedrohung der individuellen Freiheit ab. Sie wehren sich gegen die Einengung der Debattenräume, gegen Kontaktschuld und Bedrohungen der Wissenschaftsfreiheit, die von linken und grünen Ideologen vorangetrieben werden.

5. Zuwanderung

Die Bürgerlichen respektieren das Recht auf Asyl im Sinne der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, lehnen aber die ungeordnete Zuwanderung und eine Politik der offenen Grenzen ab. In Deutschland wird darüber hinaus zunehmend Kritik an den Folgen der „Willkommenskultur“ geäußert und der Ruf nach nachhaltigen und gesellschaftlich akzeptablen Regelungen laut: Schutz der Außengrenzen, Begrenzung der Migration und eine im Innern wirkende Leitkultur. Anders als Vertreter der linken Parteien gehen die Bürgerlichen davon aus, dass nur die geregelte Zuwanderung für die Gesellschaft ein Gewinn ist. Die geregelte Arbeitsmigration und die Anwerbung Hochqualifizierter sehen sie als gesellschaftlichen Mehrwert.

6. Innere Sicherheit

Ein arbeitsfähiger Staat, der seine Bewohner schützt, die Grundlagen friedlichen Miteinanders gewährleistet und sicherstellt, dass Menschen gut und sicher leben können, gilt als einvernehmliches Idealbild bürgerlicher Politikvorstellungen. Seit 2010 hat Ungarn die innere Sicherheit durch eine Begrenzung der Zuwanderung,

den Abbau gesellschaftlicher Disparitäten und den damit verbundenen Abbau von sozialen Spannungen sowie die Schaffung von Arbeitsplätzen wesentlich verbessert. Insbesondere der Rückgang von prekären Wohn-, Ausbildungs- und Einkommensverhältnissen war der Garant für das massive Zurückgehen von Kriminalität und subjektivem Unsicherheitsgefühl. Der Staat setzte zudem mit den Mitteln des Strafrechts wirkungsvolle Abschreckungsmerkmale, auch die Polizei wurde gestärkt. In Deutschland spricht sich die bürgerliche Mitte zunehmend für ein konsequenteres Vorgehen gegen Kriminalität und eine wirkungsvollere Durchsetzung von Recht und Ordnung aus.

7. Arbeitsmarktpolitik

Solidarität im Sinne von Hilfe zur Selbsthilfe und die Befähigung sozial benachteiligter Schichten zur gesellschaftlichen Teilhabe sind ein Merkmal bürgerlicher Politik. Aufgabe des Staates ist es, Anreize für Beschäftigung zu setzen und für Chancengleichheit zu sorgen. Diesbezüglich waren die Maßnahmen in Ungarn sehr erfolgreich, weil viele Menschen keine Almosen der Sozialfürsorge wollen, sondern Anerkennung durch Arbeit erfahren und einen sinnvollen Beitrag zum Allgemeinwohl leisten wollen. In Ungarn sind in 15 Jahren bürgerlicher Politik mehr als eine Million neuer Arbeitsplätze entstanden, die Beschäftigtenquote erreicht neue Höchststände. Dieses Erfolgsrezept kann als Grundlage einer Neubelebung der Sozialen Marktwirtschaft dienen – auch in Deutschland.

8. Familienpolitik

Die traditionelle Familie ist die Keimzelle der Gesellschaft. Die Bürgerlichen stellen hinsichtlich ihrer Familienpolitik die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, die Unterstützung junger Familien und junger Mütter in den Mittelpunkt ihrer Programmatik. Dabei geht es vor allem darum, wie Familien entlastet werden und Wohneigentum erwerben können. Ferner sollen Arbeitgeber, die rückkehrende Mütter einstellen, finanziell entlastet und Mütter grundsätzlich finanziell bessergestellt werden. Dabei gilt: Jede Frau kann selbst bestimmen, ob sie in das Berufsleben zurückkehrt oder die Kinder betreut. Eine Rückkehr in den Beruf muss sich lohnen und möglich sein, daher wird in Ungarn die Zahl der Kindertagesbetreuungseinrichtungen stetig ausgebaut.

9. Wirtschaftspolitik

Dreh- und Angelpunkt einer erfolgreichen Wirtschaft ist eine nachhaltige Beschäftigungspolitik. Eine sozialverträgliche und finanziell attraktiv gestaltete Steuer- und Abgabenlast ist ein Merkmal bürgerlicher Politik. Durch eine anhand dieser Prinzipien reformierte Arbeitsmarktpolitik konnten in Ungarn in den letzten 15 Jahren mehr als eine Million Arbeitsplätze geschaffen werden. Die Rekordzahl von 4,7 Millionen Beschäftigten bedeutet

auch Rekordsteuereinnahmen. In Ungarn gilt ein einstufiger Steuertarif von 15 Prozent. Abschreibungsmöglichkeiten wurden gestrichen und das Steuersystem vereinfacht. Die Finanzämter erstellen bis Mitte März für jeden steuerpflichtig Beschäftigten digital die Steuererklärung. Der Betroffene muss nur noch mit einem Mausclick zustimmen. Der niedrige Steuersatz, die Digitalisierung im Wirtschaftsleben, die Einführung elektronischer Kassen, verpflichtende elektronische Zahlungen, unnötige Bürokratiehemmnisse abzubauen, die Menschen zu mündigen Staatsbürgern zu machen und den Staat als Dienstleister zu etablieren, sind entschei-

10. Digitalisierung, Infrastruktur und Energie

Bürgerliche Politik will die volle digitale Teilhabe des Staatsbürgers durch den flächendeckenden Ausbau von 5G und des Breitbandnetzes ermöglichen und Hürden für Wirtschaft und Verbraucher senken. Die elektronische Patientenakte, kostenfreie Leistungen des E-Governments für fast alle öffentlichen Leistungen und der elektronische Laufweg für Verwaltungsangelegenheiten machen den Behördengang weitgehend überflüssig. Unnötige Bürokratiehemmnisse abzubauen, die Menschen zu mündigen Staatsbürgern zu machen und den Staat als Dienstleister zu etablieren, sind entschei-

dende Wegmarken bürgerlicher Politikgestaltung in Ungarn.

Die Verkehrsinfrastruktur muss nachhaltige Mobilität ermöglichen, unabhängig von der Art des Verkehrsmittels. Dabei soll keine ideologische Verkehrspolitik, sondern ein ausgewogenes und ergänzendes Miteinander aller Fortbewegungsmittel verwirklicht werden. Die gleichwertige Förderung von Straße und Schiene ist eine wichtige Forderung der bürgerlichen Parteien. Statt Verboten müssen aber mehr Anreize für die Nutzung des öffentlichen Personennah- und -fernverkehrs gesetzt werden. In Ungarn geschieht dies durch ein innovatives Rabattsystem und eine kostenfreie Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel ab dem 65. Lebensjahr.

In Fragen der Energiepolitik gilt es, einen Energiemix aus erneuerbaren Energieträgern sowie der Kernkraft zu erreichen. Nur auf Erneuerbare zu setzen oder gar die Kohleverbrennung zu forcieren, steht den Klimazielen diametral entgegen. Ungarn ist auch dank des intensiven Ausbaus der Solarenergie und der Nutzung der Atomkraft auf einem guten Wege zur Klimaneutralität - bei gleichzeitig bezahlbaren Energiepreisen.

11. Minderheitenrechte

In einem Europa der Vielfalt kommt den autochthonen Minderheiten eine herausragende Bedeutung zu. Diese Minderhei-

ten bestimmen sich aufgrund von nationaler Zugehörigkeit und sind in ihren Bestimmungsmerkmalen wie Kultur, Tradition, Glaube und Zusammenhalt stark ausgeprägt. Die bürgerliche Nationalitätenpolitik Ungarns mit weitreichenden Mitbestimmungsrechten, sprachlicher wie kultureller Autonomie, politischer Repräsentanz und einer Vielzahl an finanziellen Möglichkeiten für autochthone Volksgruppen wird international als ein sehr erfolgreiches Beispiel anerkannt.

12. Hilfe für verfolgte Christen

Der Schutz und die Unterstützung religiöser Minderheiten sind vor allem für bürgerliche Kreise ein wichtiger politischer Auftrag. Christen sind weltweit die am stärksten verfolgte Religionsgemeinschaft. Vor diesem Hintergrund hat die ungarische Regierung in den letzten zehn Jahren mit „Hungary Helps“ einen humanitären und entwicklungspolitischen Ansatz initiiert, der sich primär an Christen in Not richtet, aber auch andere Gruppen an den positiven Wirkungen teilhaben lässt. In Deutschland hat insbesondere die CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Frage der verfolgten Christen nachhaltig thematisiert und international auf die Tagesordnung gesetzt. Beide Länder können ihre Erfahrungen wirksam auf die europäische Ebene heben und für einen gesamteuropäischen Ansatz

in dieser relevanten globalen Frage werben.

Bence Bauer LL.M. ist Direktor des Deutsch-Ungarischen Instituts für Europäische Zusammenarbeit am Mathias Corvinus Collegium in Budapest/Ungarn. Zuvor war er stellvertretender Leiter des Auslandsbüros Ungarn der Konrad-Adenauer-Stiftung.



Bence Bauer ist Jurist mit Abschlüssen in Deutschland und Ungarn, Mitherausgeber des „Hungarian Conservative“ und Publizist. Er ist Träger des Ungarischen Verdienstkreuzes in Gold und Mitglied des Aufsichtsrates der Buchhandelsgesellschaft Libri-Bookline. Zuletzt erschien sein Buch „Ungarn ist anders“ bei MCC Press. Foto: Tamás Gyurkovics

Transatlantische Bande

Der Wind im Weißen Haus hat sich gedreht. Um international bestehen zu können, muss Europa sich in drei klassischen politischen Tugenden westlicher Politik üben **VON PHILIPP SIEGERT**

Europa und Amerika sind historisch wie zivilisatorisch miteinander verflochten; gleichzeitig haben sie verschiedene Geographien und Interessen. Mit Donald Trump kehrt die Diplomatie des „maximum pressure“, des maximalen Drucks ins Weiße Haus zurück (sofern sie jemals abwesend war). Diese handhabt Unterschiede besonders offensiv - außerhalb wie innerhalb des Westens. Für Europa heißt das: Es muss den Zeitgeist hinter sich lassen, der im weberschen Sinne Gesinnungsethik über Verantwortungsethik stellt, und wieder Realpolitik lernen. Dafür gilt es, drei wesentliche Tugenden wieder einzuüben: Realitätssinn, Gesprächsoffenheit und Handlungsfähigkeit.

Realitätssinn

Die erste wieder zu erlernende politische Tugend ist der Realitätssinn. Gerät ein gesinnungsethisch getriebenes Projekt in Konflikt mit der Wirklichkeit, kann man letztere nicht ins Bullerbü-Phantasieland hinwegdenken. Das gilt nicht nur für Verirrungen wie das Selbstbestimmungsgesetz. Zwei Beispiele: Wirtschaftspolitisch steckt das Großprojekt der „grünen Transition“ voller Ideen, die an der Realität scheitern. Für die flächendeckende Elektrifizierung fehlt die Infrastruktur, für die grüne Industrie fehlt verlässliche und erschwingliche Energie, und anstatt Investitionen anzuziehen und Nachahmer zu finden, isoliert es Europa.

Außenpolitisch gilt Ähnliches. Nach dem russischen Angriff auf die Ukraine gingen etliche europäische Politiker eine Eskalation ein, obwohl Europa keine Eskalationsdominanz hatte: Militärisch nicht, da es ohne die USA dem nuklear gerüsteten Russland unterlegen ist, und diplomatisch nicht, da es kaum einen außereuropäischen beziehungsweise nichtwestlichen Staat zum Sanktionieren Russlands bewegen konnte, geschweige denn eine Mehrheit von ihnen. Das liegt auch, wenn nicht sogar vor allem, an den Inkohärenzen im eigenen Handeln der letzten Jahrzehnte. Überhaupt würde eine interessengeleitete, nach außen verständlich gemachte Politik viel mehr nützen, als eine vorgebliche Prinzipienpolitik, deren „Prinzipien“ regelmäßig verbogen werden.



Wer nicht auch seine Gegner versteht, läuft Gefahr, mit ihnen falsch umzugehen - zulasten der eigenen politischen Ziele. Foto: Shutterstock

Europa kann hier wieder besser werden. Ideal wäre es, wenn einige klare Prinzipien das eigene Handeln stetig anleiten und der verbliebene Spielraum nach Interessenlage genutzt würde. Da Europa und Amerika mehr prinzipielle Gemeinsamkeiten als Unterschiede haben, steht in dieser Hinsicht das transatlantische Verhältnis auf einem guten Fundament. Auf einen stärker „transaktionellen“ politischen Umgang miteinander wird sich Europa auch über die Regierung Trump hinaus einstellen müssen - und überhaupt funktioniert ein solch klassischer, realpolitischer Umgang miteinander auch in den Beziehungen zu nichtwestlichen Ländern besser.

Gesprächsoffenheit

Das gilt auch für das Zuhören. Je mehr inhaltliche oder moralische Vorbedingungen man stellt, bevor man das Gespräch mit jemandem einght, desto uninformativer

wird man, desto mehr verengt man den eigenen Blick, und desto geringer wird die Tragfähigkeit der eigenen politischen Ansichten und Ziele - auch zuhause. Das hat die Ampelkoalition erst mit ihrem Zerbrechen gelernt.

Auf die Außenpolitik umgemünzt heißt das, dass ausgehandelte Kompromisse oft belastbarer sind als auferlegte, unechte „Konsense“. Wer erstere aushandelt, muss aufnahmefähiger für ihm fremde Gesichtspunkte sein und einen Horizont weit jenseits der eigenen Filterblase besitzen. Europas Stärke ist das derzeit nicht, kann es aber wieder werden. Dazu muss es den gegenwärtigen Hang zum politischen Dogmatismus ablegen und stattdessen seine Urstärke wieder richtig leben: die eigene kulturelle Vielfalt, die ein wertvolles Training ist für die Offenheit gegenüber anderen Weltregionen und Weltmächten. Wer nicht auch seine Gegner versteht (wobei verstehen etwas anderes ist als gutheißen), der läuft Gefahr, mit ihnen falsch umzuge-

hen - zulasten der eigenen politischen Ziele.

Handlungsfähigkeit

Mit mehr Realitätssinn und Gesprächsoffenheit würde Europa auch wieder handlungsfähiger. Das beginnt damit, sich selbst gegenüber ehrlich zu sein hinsichtlich des Machbaren in der Politik - sowohl unter demokratischen Bedingungen (sprich: der Akzeptanz in der Bevölkerung) als auch unter den äußeren institutionellen und machtpolitischen Gegebenheiten. Für Europa gehört dazu die Erkenntnis, dass mindestens ein Konflikt auf der prinzipiellen Ebene mit den USA besteht, nämlich über die Zukunft des Multilateralismus.

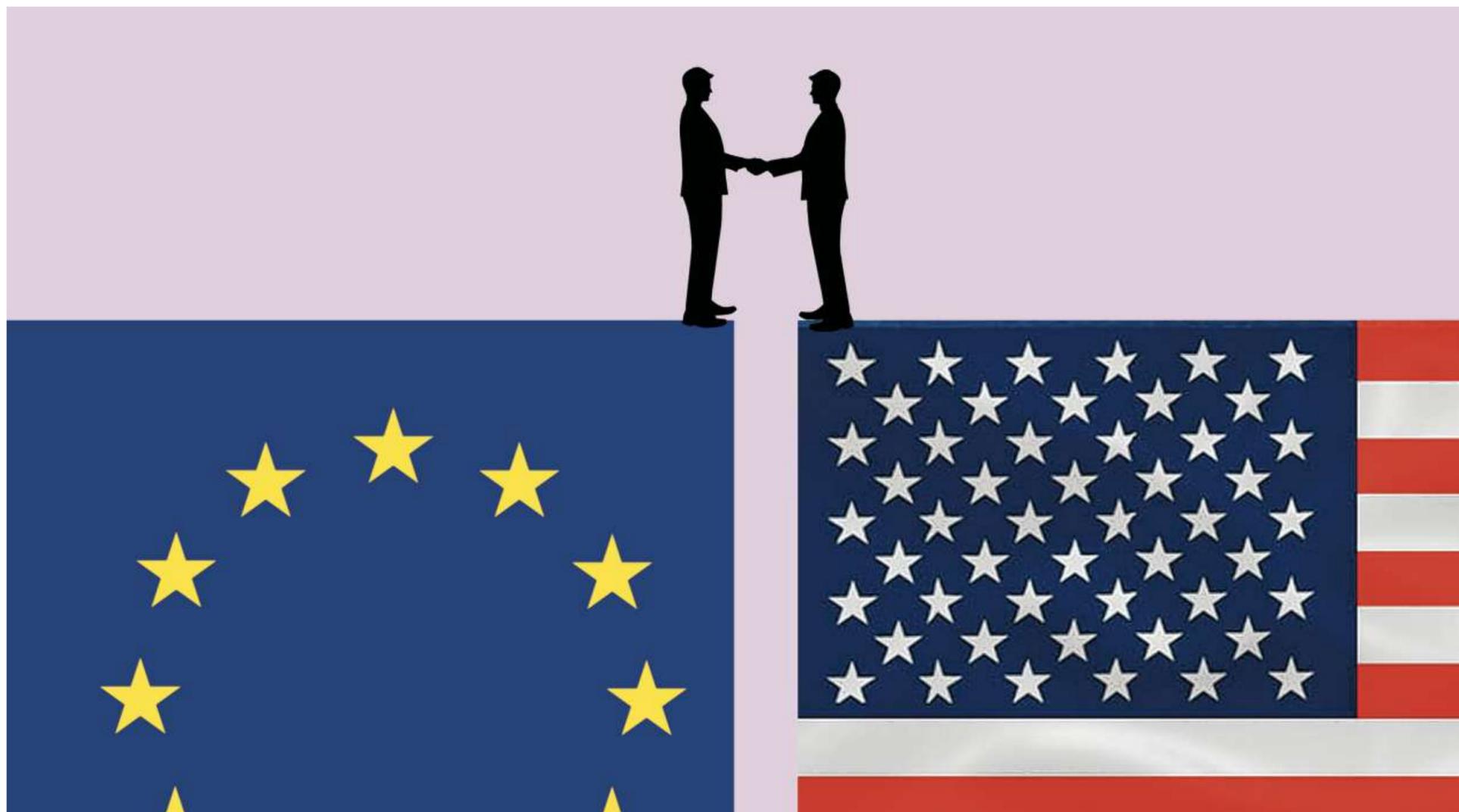
Das UNO-System und der Konsens von Washington stammen aus einer Zeit, als der Westen ein ganz anderes wirtschaftliches und demografisches - auch technologisches und produktives - Gewicht in der Welt hatte als heute. Damit bestehen im

Wesentlichen zwei Perspektiven: Beibehalten des multilateralen Systems durch Anpassung an die politische Realität einer stärker multipolaren Machtverteilung oder Verwendung des Systems zur „Abwehr“ dieser Realität - was das Scheitern der bestehenden Institutionen brächte. Die zwei in den USA dominanten Strömungen sehen multilaterale Institutionen entweder als Werkzeug, um die eigene Hegemonie zu verteidigen (das ist die Sicht der „neoconservatives“, die unter George W. Bush die Republikaner dominierten, und heute der Demokraten), oder als auszuräumendes Hindernis auf dem Weg zu einem ungeordneten Multipolarismus (das ist die Sicht der MAGA-Republikaner). Ob multilateral oder multipolar, Europa als Nicht-Hegemon braucht eine ausbalancierte, funktionierende internationale Ordnung - kann sie aber ohne die „hard power“ der USA nicht stützen. Das ist Europas Hauptdilemma für den Umgang mit den USA.

Dr. Philipp Siegert ist stellvertretender Forschungsdirektor am Mathias Corvinus Collegium Brüssel. Er studierte europäische Geschichte und Politikwissenschaft/Internationale Beziehungen in Deutschland, Rumänien, Ungarn und Frankreich.



Seine berufliche Laufbahn begann Philipp Siegert als Postdoktorand und Lehrbeauftragter an der Universität Sorbonne Nouvelle. Bevor er zum MCC kam, leitete er das Büro der Hanns-Seidel-Stiftung in Frankreich. Foto: Tamás Gyurkovics



Die Trump-Administration geht davon aus, dass die amerikanischen strategischen Interessen in den letzten Jahren in den Hintergrund gedrängt worden sind.

Foto: Shutterstock

Alte Partner, neue Zusammenarbeit

Das transatlantische Bündnis braucht strategische europäische Spitzenpolitiker **VON GLADDEN PAPPIN**

Mehr als sieben Wochen nach dem Amtsantritt der neuen Trump-Administration ist deutlich geworden, dass eine neue Form transatlantischer Beziehungen Gestalt annimmt. Warum ist es zu dieser Umwandlung gekommen und in welche Richtung entwickelt sie sich? In den vergangenen Jahren haben sich die europäischen Spitzenpolitiker an politische Änderungen in Amerika gewöhnt und es besteht eine starke Neigung, das „Trump-Phänomen“ lediglich als temporär zu betrachten. Diese Haltung prägte bereits die europäischen Reaktionen bezüglich der ersten Trump-Administration. Donald Trump wurde als eine störende und ungewöhnliche Figur betrachtet, während die Biden-Administration von vielen als eine Rückkehr zur Normalität begrüßt wurde. Zumindest auf diplomatischer Ebene fühlten sich die europäischen Spitzenpolitiker unter Biden geborgener; dennoch waren auch diese vier Jahre außerordentlich disruptiv, besonders aufgrund der Rückkehr des Krieges auf den europäischen Schauplatz.

Die neue Trump-Administration verfolgt einen ganz anderen strategischen Ansatz in Bezug auf die Bedeutung dieses Moments in der Außenpolitik und den internationalen Beziehungen. Anstatt die Zeit nach dem Kalten Krieg und die damit einhergehenden Institutionen des liberalen Internationalismus als Höhepunkt moderner Entwicklungen zu betrachten, geht die Trump-Administration davon aus, dass die amerikanischen strategischen Interessen in den letzten Jahren in den Hintergrund gedrängt worden sind. Für die neue Regierung geht es also nicht nur um eine weitere Vierjahresperiode oder eine kleine Neujustierung der amerikanischen Außenpolitik.

Vielmehr sieht sie eine Gelegenheit, Amerikas strategische Prioritäten neu zu setzen. In diesem Zusammenhang wird auch das Verhältnis zwischen den Vereinigten Staaten und Europa neu bewertet werden.

Geteilte Werte, neue Bewertung

Aber in welchem Rahmen erfolgt dieses Überdenken? Wenn man sich auf die Mainstreamnachrichten verlässt – besonders nach der Rede von J.D. Vance auf der Münchener Sicherheitskonferenz –, lautet die Antwort in etwa wie folgt: Die Vereinigten Staaten wollen sich nicht mehr zu den Werten bekennen, die das transatlantische Bündnis ausmachten, sondern haben stattdessen eine transaktionale Haltung in der Außenpolitik eingenommen, bei der langjährige Verpflichtungen in Frage gestellt und auf Eis gelegt werden sowie mit harten Mitteln gegen Freunde und Verbündete vorgegangen wird, während im Weltgeschehen ein gewisses Chaos entsteht. Die europäische Antwort auf diese wahrgenommene Entwicklung war ein noch stärkeres Festhalten an den liberalen internationalen Institutionen. Insbesondere die Führung der Europäischen Union ist bestrebt, die Lücke zu füllen, welche durch den Rückzug der Vereinigten Staaten von ihrer bisherigen Rolle in den internationalen Beziehungen entstanden ist.

Meiner Meinung nach ist dieser Rahmen jedoch nicht dazu geeignet, die derzeitigen Entwicklungen richtig zu analysieren oder zu beantworten. Vance hat in seiner Rede auf der Münchener Sicherheitskonferenz die Rolle von Werten in den transatlantischen Beziehungen nicht verworfen; stattdessen hat er die europäischen Verbündeten darauf aufmerksam gemacht, dass sie

sich von diesen gemeinsamen Werten entfernt haben – zum Beispiel durch die Aufgabe der Meinungsfreiheit, während sie gleichzeitig die europäischen Nationen der Massenmigration und ihren negativen Folgen ausliefern. Zweitens konfrontierte er Europa mit der Frage, was „Sicherheit“ in Wirklichkeit bedeutet, denn in den letzten Jahren ist dieser Begriff zu einem Kernbegriff der gesellschaftlichen Debatte geworden. Das Publikum von Vance zeigte sich diesen Anmerkungen gegenüber jedoch bedauerlicherweise nicht besonders aufgeschlossen. Und das, obwohl er dafür warb, die nach wie vor bedeutsamen transatlantischen Beziehungen auf ein pragmatisches Fundament zu stellen.

Bestehen in einer multipolaren Welt

Die Vereinigten Staaten und Europa teilen eine tiefe gemeinsame kulturelle Vergangenheit; sie haben eng verflochtene Wirtschafts- und Handelsbeziehungen; sie sind durch Verträge verbunden, die eine gemeinsame Grundlage für Interessen und Sicherheit bilden. Zudem haben sie auf der globalen Bühne ein gemeinsames Interesse an einer engen Zusammenarbeit in diesen und zahlreichen anderen Bereichen. Dieser Umstand hat sich auch mit dem Amtsantritt der neuen Regierung nicht geändert.

Was sich jedoch geändert – oder begonnen – hat, ist die strategische Neubewertung der amerikanischen Prioritäten, nachdem erkannt wurde, dass in einer multipolaren Welt, wie sie Außenminister Marco Rubio beschrieben hat, Entscheidungen anderer Art getroffen werden müssen. Diese Neubewertung bedeutet, dass die Rolle Europas von den Vereinigten Staaten anders eingeschätzt wird. Um in der multi-

polaren Welt besser bestehen zu können, ist es für die Vereinigten Staaten von essenzieller Bedeutung, dass in der Ukraine so bald wie möglich ein beständiges Friedensabkommen zustande kommt – und vor allem eines, das dem europäischen Kontinent weitgehende Stabilität bringt. Es ist eindeutig, dass für Präsident Trump dieser Vorgang auch die Stabilisierung der europäisch-russischen Beziehungen beinhaltet.

Strategische Partner gesucht

Als Teil dieses Prozesses wird von den Vereinigten Staaten neu bewertet, wie die europäischen Länder gute Partner sein können, und zwar nicht nur hinsichtlich der Fortsetzung vertraglicher Verpflichtungen, sondern auch unter strategischen Gesichtspunkten. Es ist bereits jetzt zu erkennen, dass die europäischen Länder bestrebt sind, ihre nationale Strategie stärker zu artikulieren – zum Beispiel Deutschland durch die mögliche Erhöhung seiner Verteidigungsausgaben. Die europäischen Spitzenpolitiker haben jedoch noch nicht entschieden, ob sie in den Schüsselfragen (besonders im Zusammenhang mit dem Krieg) bereit sind, sich der neuen strategischen Haltung der Vereinigten Staaten anzuschließen oder ob sie weiterhin der bisherigen Strategie der Biden-Administration folgen wollen.

Alles in allem deuten diese Entwicklungen darauf hin, dass die transatlantischen Beziehungen einer Neubewertung unterzogen werden. Dieser Prozess kann zwar auch Missverständnisse mit sich bringen, aber es ist dennoch unerlässlich, dass die Vereinigten Staaten und Europa daraus schließlich mit einer gestärkten Freundschaft und einer verstärkten gegenseitigen

Zusammenarbeit in einer Reihe von Industriesektoren, einschließlich Energie und Verteidigung, hervorgehen.

Es bleibt die Frage, welche europäische Führungsspitze am besten für diese Aufgabe geeignet ist und ob die derzeitigen Spitzenpolitiker sich dieser anpassen können. Die Zukunft der transatlantischen Zusammenarbeit hängt in hohem Maße davon ab: Was kann die nächste Generation europäischer Spitzenpolitiker anders machen als die letzte, um ihre Werte wiederzuerlangen und echte Sicherheit zu erreichen? Wenn diese Frage erfolgreich beantwortet werden kann, wird das transatlantische Bündnis noch viele Jahre Bestand haben.

Gladden Pappin ist Präsident des Ungarischen Instituts für Auswärtige Angelegenheiten. Zuvor war er Gastwissenschaftler am Mathias Corvinus Collegium und außerordentlicher Professor für Politik an der Universität von Dallas.



Gladden Pappin, führender Intellektueller auf dem Gebiet der internationalen Beziehungen, ist Mitbegründer und stellvertretender Herausgeber der politischen Zeitschriften „American Affairs“ und „Postliberal Order“. Pappin ist außerdem Ritter des Souveränen Malteserordens und des Konstantinordens.
Foto: Tamás Gyurkovics



Das Grundproblem von Identitätspolitik besteht darin, dass sie sich von der Realität völlig losgelöst hat. Foto: Shutterstock

Identitätspolitik und das Ende des Wokeismus

Der kulturelle Diskurs, die akademische Welt und die Institutionen wurden jahrelang von der Identitätspolitik beherrscht. Sie versprach Gerechtigkeit, pries sich als Mittel zur Gleichheit und trat als notwendige Korrektur historischer Unterdrückung in Erscheinung. Sie scheiterte. Sie wurde zu einer dogmatischen Ideologie verzerrt, die Beschwerden vor Fortschritt, Konformität vor Wahrheit und Ideologie vor Wirklichkeit stellt. Die Ära des durch Identitätspolitik befeuerten Wokeismus schien einst vielleicht unaufhaltsam zu sein – ihr Ende ist jedoch nicht nur unumgänglich, mit der Wahl von Donald Trump zum Präsidenten hat es bereits begonnen.

„Das Grundproblem von Identitätspolitik besteht darin, dass sie sich von der Realität völlig losgelöst hat. Ihre Frage lautet nicht: ‚Was ist wahr?‘, sondern: ‚Was ist deine Wahrheit?‘“

Das Grundproblem von Identitätspolitik besteht darin, dass sie sich von der Realität völlig losgelöst hat. Ihre Frage lautet nicht: „Was ist wahr?“, sondern: „Was ist deine Wahrheit?“ Es handelt sich um eine Ideologie, die Loyalität gegenüber einer Weltanschauung verlangt, in der gemachte Erfahrungen Vorrang vor empirischen Beweisen haben, in der „Variablen der Unterdrückung“ moralische Werte bestimmen und in der das Stellen von Fragen als Blasphemie (sogenannte „Mikroaggression“) gilt. Als eine Geschmackssorte derartiger Identitätspolitik bringt der Wokeismus Andersdenkende zum Schweigen, bestraft seine Ketzer und verlangt absolute Unterordnung. Inzwischen

Die Wahl von Donald Trump markiert den Anfang vom Ende der Identitätspolitik. Doch der Wokeismus hat bereits seit Langem begonnen, sich selbst zu zerstören. Am Ende wird die Wahrheit triumphieren **VON PETER BOGHOSSIAN**

jedoch sind die entstandenen Risse in diesem Gebäude des Wokeismus zu groß, um noch außer Acht gelassen werden zu können.

Ein wesentliches Anzeichen für den nahenden Niedergang des Wokeismus sind seine inneren Widersprüche. Das ideologische Gerüst der Identitätspolitik beruht auf einer Hierarchie der Opferrollen, in der Individuen nicht gemäß ihrer Ideen oder ihrem Charakter, sondern nach dem Maß ihrer Unterdrückungsmerkmale beurteilt werden (zum Beispiel Übergewichtig, behindert, transgender, schwarz, kleinwüchsig). Solche Hierarchien brechen jedoch unter ihrem eigenen Gewicht unweigerlich zusammen. Man denke nur an den Zerfall feministischer Bereiche, die zerrissen wurden durch die Forderung nach der Abschaffung biologischer Frauen im Namen der Gender-Ideologie. Oder an die Spannungen zwischen LGBTQ+- und Black Lives Matter-Aktivistinnen. Wie der Ouroboros, die altägyptische Schlange, die sich in ihren eigenen Schwanz beißt, macht sich die Bewegung, sobald sie sich nach innen wendet, daran, sich selbst zu verschlingen.

Ein anderes eindeutiges Merkmal des Untergangs von Wokeismus ist, dass er im Kreise der angeblich von ihm Vertretenen – Schwarze, Behinderte, Einwanderer – stetig unbeliebter wird. Umfragen (insbesondere die Nachwahlumfragen nach der letzten US-Präsidentenwahl) deuten darauf hin, dass Minderheiten der Arbeiterklasse die paternalistische Bevormundung durch privilegierte Weiße, die darauf beharren, in ihrem Namen zu sprechen, immer mehr ablehnen. Einwanderer mit einer Fluchtvergangenheit vor Unterdrückungsregimen (etwa Iraner oder Hong-

konger) stehen der Besessenheit des Westens von Unterdrückungsnarrativen verständnislos gegenüber. Von den Übergriffen der Cancel Culture, der Sprachzwänge und der ideologisch geprägten Neuauslegung von Wörtern (Vielfalt, Inklusion, Gleichheit) wenden sich selbst diejenigen ab, die sich selbst als progressiv-liberal bezeichnen.

„Die woke Revolution versprach Fortschritt, brachte jedoch Säuberungen, Bloßstellung, Vergeltung, ideologische Reinigungsriten und letzten Endes ein nachweislich falsches Glaubenssystem.“

Der Wokeismus hat es überdies zu weit getrieben. Bis 2023 hatte er den Anschein, unangreifbar zu sein, parasitierte an Universitäten, in Personalabteilungen von Unternehmen und in den traditionellen Medien. Als er jedoch absolute Loyalität forderte – als er diejenigen bestrafte, die ihr Knie nicht beugten – schuf er sich schneller Feinde, als er sie hätte verstummen lassen können. Leute, besonders Akademiker, die früher aus Furcht mitnickten, begannen sich massenweise zu widersetzen. Das Autoritäre des Wokeismus ist durch das Desertieren der Akademiker (etwa Charles Negy, Leigh Rivers) offensichtlich geworden. Je stärker die Zensur, desto mehr Menschen sind betroffen und desto stärker wächst der Widerstand.

Wokeismus baut nicht auf, er demontiert. Er erschafft nicht, sondern dekonstruiert. Die woke Revolution versprach Fortschritt, brachte jedoch Säuberungen, Bloßstellung, Vergeltung, ideologische Reinigungsriten und letzten Endes ein nachweislich falsches Glaubenssystem. Es handelt sich um eine polarisierende Bewegung, die von der Zerstörung besessen ist, und wie alle Bewegungen, die der Zerstörung Vorrang vor der Schöpfung einräumen, war sie dazu verdammt, sich selbst zu zerstören.

Das Ende von Wokeismus bedeutet nicht, dass man nicht mehr über Ethnien, Genderfragen und Ungleichheit reden kann. Es bedeutet aber sehr wohl, dass diese Gespräche nicht mehr Geiseln ideologischer Extremisten sein werden, die sich als tugendhaft ausgeben. Es bedeutet eine mögliche Rückkehr zur Vernunft, zu liberalen Werten und dazu, dass man ohne Furcht diskutieren kann, ohne sich vor einer beruflichen oder gesellschaftlichen Vergeltung fürchten zu müssen. Es bedeutet die Anerkennung dessen, dass die Grundlage menschlichen Fortschritts Meinungsfreiheit, freie Märkte und freie Wahlen sind. Ich gehe davon aus, dass wir bald zurückkehren zum Ideal der antiken griechischen Parrhesie – die Wahrheit auszusprechen, auch wenn es gefährlich ist.

Die Geschichte meint es Bewegungen gegenüber, die ideologische Reinheit verlangen, nicht gut. Die Jakobiner hatten die Herrschaft des Terrors; die Sowjets liquidierten ihre eigenen Staatsbürger; und durch die Kulturrevolution in China wurden sogar diejenigen dahingemetzelt, die sie mit dem größten Eifer umgesetzt hatten. Hoffentlich wird der Iran der nächste Fall sein, dessen Religionspolizei das Ende

des Regimes herbeiführen könnte. Der Wokeismus bricht ebenfalls unter dem eigenen Fanatismus zusammen und hat sich seinen Zerstörer selbst erschaffen: Trump. Und wenn der Wokeismus schließlich zusammenbricht, haben wir die Möglichkeit, zu den Werten von Martin Luther King Jr. zurückzukehren, laut denen Menschen nicht gemäß den von ihnen besetzten gesellschaftlichen Kategorien, sondern nach ihrem Charakter beurteilt werden.

Das Ende des Wokeismus ist nah – nicht nur wegen des externen Widerstandes, sondern weil er innerlich verrotten ist. Er ist eine Bewegung, die ohne Zwang nicht fortbestehen kann und kein Zwang kann ewig dauern. Die Zukunft gehört nicht den woken, sondern den freien Menschen.

Peter Boghossian ist ein amerikanischer Philosoph, Gründungsmitglied der Universität von Austin, Texas. In seiner Dissertation untersuchte er, wie man die moralische Urteilsfähigkeit von Gefängnisinsassen verbessern und ihnen helfen kann, von Straftaten abzulassen.



In seiner über 25-jährigen Lehrtätigkeit konzentrierte sich Peter Boghossian auf die sokratische Methode, wissenschaftlichen Skeptizismus und kritisches Denken. Seine Bücher wurden in mehr als ein Dutzend Sprachen übersetzt. Foto: Tamás Gyurkovics

Europäische Union: Der sehr alte Kontinent

Bürokratie und Überregulierung, Trägheit und Ideologie: Gleitet die EU in die Irrelevanz ab?

VON RODRIGO BALLESTER

Seien wir ehrlich – die Rede von J.D. Vance in München, die von denen, die sich an die bürokratische Doppelzüngigkeit der Biden-Administration gewöhnt haben, einhellig verurteilt wurde, war in Wirklichkeit eine ziemlich genaue Darstellung der Wirklichkeit, ganz gleich wie brutal sie auch war. Noch wichtiger ist, dass es sich um den jüngsten Schlag des trumpschen Wirbelwindes gegen die Gewissheiten handelte, die heute von Brüssel so deutlich verkörpert werden. Deshalb ist die EU in Panik geraten. Vances Äußerungen spiegelten lediglich die Realität dieser sehr alten EU wider – eine Organisation gefangen in der Falle von Bürokratie und Ideologie, welche die Bedeutung ihrer eigenen Werte vergessen hat und nicht in der Lage ist, auf die eigene Vergangenheit zurückzublicken, um sich besser auf ihre Zukunft vorzubereiten.

Gängelung von Bürgern und Wirtschaft

Diese Panikwelle ist leider begründet. Seit dem 20. Januar wurde die EU entblößt – sie wurde innerhalb weniger Tage obsolet. Bereits an seinem ersten Tag im Amt erklärte Trump, dass seine Regierung nur zwei Geschlechter anerkennen werde – Männer und Frauen – und die DEI-Politik (Diversity, Equity and Inclusion – Vielfalt, Gerechtigkeit und Inklusion) abschaffen werde. Währenddessen wendet sich die EU im Namen der „europäischen Werte“ weiterhin in dem von Brüssel aufgezwungenen dogmatischen Wokeismus. Am 13. März lieferte der Gerichtshof der Europäischen Union ein weiteres erbärmliches Beispiel für seinen Dogmatismus, indem er den Mitgliedstaaten die Gender-Ideologie (was auch immer das bedeutet) aufzwang. Zur Verbreitung des Wokeismus wurden, wie immer, technische Gesetzregelungen als trojanische Pferde benutzt: Ungarn wurde unter dem Vorwand der Allgemeine Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) gezwungen, Frauen anzuerkennen, die sich als Männer empfinden, auch wenn sie biologisch Frauen bleiben. Dieses Urteil erging an dem Tag, an dem das ungarische Parlament die nationale Verfassung änderte, um das genaue Gegenteil zu verankern.

Gleichzeitig hält die EU auch weiterhin krampfhaft an dem selbstmörderischen und überholten Green Deal fest – wo Tugenden ins Schaufenster gestellt wer-



Ungarn bezieht sich auf seine kulturelle und geistige Identität, wie hier die traditionellen Trachten im Ort Hollóko zeigen.

Foto: Shutterstock

den, die außerhalb der EU von niemandem ernst genommen werden. Der von Ursula von der Leyen im groß angelegten „Wettbewerbsfähigkeitskompass“ verkündete „Vereinfachungschock“ besteht lediglich aus einigen symbolischen Maßnahmen, die von dem von der Wirklichkeit ohnehin losgelösten Europäischen Parlament während des jahrelangen legislativen Gerangels verwässert werden. Zu wenig und zu spät – besonders, wenn es um die Verringerung der Bürokratie und eine ernsthafte Diskussion über die Wettbewerbsfähigkeit gehen soll.

Während in den USA ernsthafte Schritte zur Vereinfachung unternommen werden, bleibt die EU auch weiterhin das letzte bürokratische Ungetüm im Westen – ein dystopisches Labyrinth aus Verfahren und Vorschriften, das sie sogar den europäischen Unternehmen auferlegt hat, die nun unter der Last endloser Zwänge ersticken. ESG-Kriterien, EU-Taxonomie, Datenschutzgesetze, die Regelung der künstlichen Intelligenz, die Sorgfaltspflicht-Richtlinie, CSR-Anforderungen – während Amerika seiner Wirtschaft freien Lauf lässt, zieht die EU die Zügel straffer als je zuvor. Und dann ist da auch noch das Gesetz über digitale Dienstleistungen, der freiheitsfeindliche Traum von Thierry Breton – der von Europa mit offenen Armen aufgenommene digitale Maulkorb, der vom neuen Amerika einfach als rote Linie abgelehnt wird, die nicht überschritten werden darf. Insgesamt ist das eine

Orgie einer zentralisierten Bürokratie – eine Maschinerie, deren Ziel darin besteht, Dynamik und Kreativität zu unterdrücken und nun mit einem Wirbelwind von Deregulierung und ideologischer Vereinfachung konfrontiert wird.

Zwei Visionen stehen einander gegenüber

Die Rückkehr von Donald Trump signalisiert in den Vereinigten Staaten das Ende einer Epoche, in der eine politisierte Kaste von Technokraten vergaß, dass Beamte dazu berufen sind zu dienen und nicht zu herrschen. Der USAID-Skandal ist nach wie vor das auffälligste Beispiel für einen Deep State, der sich für unantastbar hält und öffentliche Gelder für ideologische Launen vergeudet. Noch schlimmer ist, dass er im Namen der Demokratie unverschämte in innere Angelegenheiten etlicher Staaten eingegriffen hat und mit Aktivisten unter einer Decke steckte, die sich als Zivilgesellschaft tarnten. In Europa ist jedoch dieses Benehmen überhaupt nicht ungewöhnlich. Wie in dem kürzlich erschienenen Bericht „Die Propagandamaschinerie der EU“ gezeigt und durch den Timmermans-Skandal aufgedeckt wurde, fließen Hunderte von Millionen an EU-Geldern ungehindert in rein ideologische Ziele – oft absurde Projekte, die ein klientelistisches Netzwerk von Lobbygruppen unterstützen –, ohne dass es zu irgendeiner Empörung kommt. Bis jetzt.

Geschweige denn die Migrationspolitik, die ein zentrales Element der Rede von J.D. Vance in München war, in der er mit seiner scharfen Analyse eine vernichtende Kritik an der verblüffenden Trägheit Europas angesichts einer existenziellen Bedrohung übte. Während Amerika eine Kehrtwende vollzieht, bereitet sich die EU auf die Umsetzung eines Migrationspakts vor, der bereits jetzt obsolet ist und in einem Labyrinth von Gesetzen und Richtlinien gefangen bleibt, die die wenigen europäischen Politiker bestrafen, die noch den Mut haben, das zu tun, was die überwältigende Mehrheit der Wähler unerbittlich fordert.

Ob es uns nun gefällt oder nicht, die Wahl von Donald Trump bedeutet einen historischen Wendepunkt – ein neues Paradigma, das die herrschenden Dogmen der westlichen Welt zertrümmert. Es zeichnen sich zwei einander entgegenstehende Visionen ab: Auf der einen Seite ein globalistisches, technokratisches, zentralistisches und interventionistisches Modell, getrieben durch progressive Ideale und Klimaverpflichtungen; auf der anderen Seite ein Gegenmodell, das auf nationaler Souveränität, dem Primat von Politik, Wirtschaftsliberalismus und einer patriotisch konservativen Betrachtungsweise beruht. Welches wird die Vorherrschaft gewinnen? Findet die EU den richtigen Kompass, um auf der Weltbühne relevant zu bleiben? Im Hintergrund spukt noch die Frage, die das heutige Establishment umtreibt. Die Ant-

wort bleibt ungewiss, aber wenn man bedenkt, wie schnell Europa in nur wenigen Wochen gealtert ist, scheint es, dass dieses selbstzufriedene, aber überholte Europa seinem Namen als „der alte Kontinent“ nie mehr gerecht wurde als jetzt. Alt und irrelevant.

Rodrigo Ballester ist Leiter des Zentrums für Europäische Studien am Mathias Corvinus Collegium in Budapest. Seit 2010 ist er Gastprofessor am Institut d'Etudes Politiques de Paris (Campus Dijon), wo er Europarecht lehrt.



Als ehemaliger EU-Beamter verbrachte Rodrigo Ballester 16 Jahre in Brüssel, sowohl im Europäischen Parlament als auch in der Europäischen Kommission. Er weist in zahlreichen Presse- und Medienauftritten aktiv auf die Gefahren der „Cancel Culture“ und der „Woke Ideology“ hin. Foto: Tamás Gyurkovics

Umweltschutz statt Ökowahnsinn

Die Notwendigkeit und Tugend des neuen grünen Konservatismus gegenüber ökologischen Irrwegen **VON FRANCESCO GIUBILEI**



Was wir heute sehen, ist ein häufig nicht durchdachter ökologischer Übergang, der von der Thematik des Umweltschutzes in Wirklichkeit nur entfremdet.

Foto: Shutterstock

In der derzeitigen politischen Epoche hat sich der progressive Mainstream das Thema Umweltschutz zu eigen gemacht und entwickelt es durch eine dogmatische und einseitige Sichtweise weiter. Für Konservative, die hinsichtlich einer so wichtigen Frage nicht unvorbereitet bleiben dürfen, ist jedoch die Bestimmung der kulturellen und politischen Koordinaten des grünen Konservatismus eine grundlegende Notwendigkeit und Priorität.

In jüngster Zeit ist der grüne Konservatismus der Anglosphäre wieder ins Rampenlicht gerückt, mit einer bahnbrechenden politischen Tradition, die von Theodore Roosevelt begründet wurde, der von den Schönheiten der Natur als „glorreichstem Erbe“ sprach. Es handelt sich um den gleichen Präsidenten, der unlängst noch von ikonoklastischer Wut getroffen wurde. Die gleiche Meinung wurde auch von einem der berühmtesten Vordenker der Republikanischen Partei, Sir Roger Scruton, geteilt, der die Beziehung zwischen Mensch und Natur in einem Gespräch mit Mark Dooley als Grundpfeiler des Konservatismus definierte. Er betonte, die Natur sei ein organischer Teil der Oikophilie, im Gegensatz zum Messianismus der Oikophobie und der Selbstgeißelung des modernen Westens. Während Ersteres für das Prinzip des Wertes des Kleinen, des Lokalen und des Privaten steht, bezieht sich Letzteres auf die Angst vor dem eigenen Haus und seiner Umgebung.

Mit den Worten von Scruton: „Der Konservatismus entspringt dem Gefühl, dass jeder reife Mensch leicht erleben kann: dass gute Sachen leicht zerstört, aber schwer zu errichten sind. Das gilt besonders für gemeinsame Werte, die uns als kollektive Güter zur Verfügung stehen, wie Frieden, Freiheit, Recht, Zivilisation,

Gemeinschaftsgeist, die Sicherheit von Eigentum und Familienleben – bei alledem sind wir auf die Zusammenarbeit anderer angewiesen, wobei wir sie nicht allein gewährleisten können. Die Zerstörung solcher Sachen ist ein schneller, leichter und aufregender Vorgang, während ihre Erschaffung langsam, mühevoll und langweilig ist. Das ist eine der wichtigsten Lehren des zwanzigsten Jahrhunderts. Das ist auch der Grund dafür, dass Konservative in der öffentlichen Meinung im Nachteil sind: Ihr Standpunkt ist wahr, aber langweilig, während der der Gegner aufregend, aber falsch ist.“

Der im Wege von Spiritualität und Religion verwirklichten Synergie zwischen Mensch und Natur wurde von den großen Schriftstellern der konservativen Welt bereits in der Literatur viel Raum gewidmet. In dem Roman *Der Herr der Ringe* von J.R.R. Tolkien nimmt die Natur in Form von „Zeit und Land“ Gestalt an, während das Böse von Saruman dadurch verkörpert wird, dass Isengard zu einem Industriezentrum gemacht wird, Wälder gerodet und orkische Werkstätten gebaut werden. C.S. Lewis, ein enger Freund von Tolkien, bezeichnete in „Narnias Welt“ die Kräfte als echte Feinde, die die Natur ändern wollten, indem sie ihr ihren eigenen Willen aufzwingen wollten. Die rechte Ökologie beruht also auf relevanten Grundlagen, wodurch Vergangenheit und Gegenwart, Wirklichkeit und Fiktion, Glaube und Rationalität verbunden werden.

Das erste und wichtigste Element ist zweifelsohne der Schutz von Identität und Tradition, was die Bewahrung örtlicher Eigenarten – Speisen, Brauchtümer und Dialekte – beinhaltet. Das ist besonders wichtig in Ländern wie Italien, das nach Frankreich über die meisten kleinen Städ-

lungen verfügt, sodass diese sein kulturelles Rückgrat bilden. Identitätsschutz ist also ein zentrales Element grünen Umweltschutzes in perfektem Einklang mit einem anderen Kernbegriff von Konservatismus: stufenweise erfolgreicher Innovation, gesteuert von der guten Vernunft.

„Der Konservatismus entspringt dem Gefühl, dass jeder reife Mensch leicht erleben kann: dass gute Sachen leicht zerstört, aber schwer zu errichten sind. Das gilt besonders für gemeinsame Werte, die uns als kollektive Güter zur Verfügung stehen, wie Frieden, Freiheit, Recht, Zivilisation, Gemeinschaftsgeist, die Sicherheit von Eigentum und Familienleben.“
Sir Roger Scruton

Der stufenweise erfolgende Übergang im Energiebereich und die grüne Revolution müssen so erfolgen, dass keine Arbeitsplätze verloren gehen oder lokale Unternehmen an Wettbewerbsfähigkeit verlieren. Die progressive Linke stellte oftmals ein eindeutig unternehmensfeindliches Narrativ in den Mittelpunkt der politischen Denkweise, was in vielen Fällen gerade die gesellschaftlichen Schichten in eine Krise stürzte, die am ehesten ausgeliefert sind – unabhängig von ihrer politischen

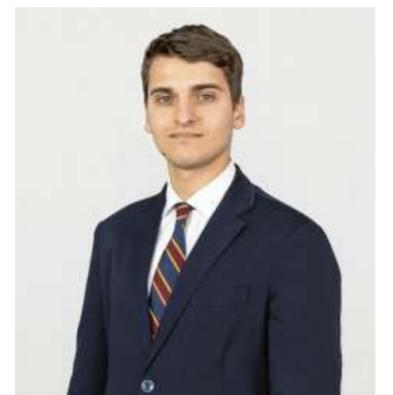
Überzeugung. Diese Schichten haben dann politische Botschaften belohnt, die in Opposition zum ultra-progressiven Umweltschutz stehen, und die sich gut mit der vom liberalen Establishment mit Unterstützung (und Ausbeutung) der Jugend und der Minderheiten behaupteten „Woke Culture“ verbinden.

In manchen Lieferketten der deutschen Automobilindustrie führte die Umweltschutzdiskussion zu einem eindeutigen Konkurs und resultierte in einer Wirtschaftskrise, welche die europäische Vormachtstellung Deutschlands beendete. Es ist kein Zufall, dass der starke Rückgang der Anzahl der Stimmen für die Grünen so augenscheinlich war. Deutschland ist ein perfektes Beispiel dafür, dass der Umweltschutz in den vergangenen Jahrzehnten eine ideologische Wende genommen und die Tradition „ökologischer Irrwege“ eingeleitet hat, wobei sogenannte Ökovandalen Denkmäler und Kunstwerke beschädigen und die NIMBY („Not In My Backyard“) Bewegungen dogmatisch gegen jede Änderung protestieren – den radikalen Aktivismus von Greta Thunberg inbegriffen.

Was wir heute sehen, ist ein häufig nicht durchdachter und der guten Vernunft zuwiderlaufender ökologischer Übergang, wodurch man von der Thematik des Umweltschutzes in Wirklichkeit nur entfremdet wird. Die ökologischen Irrwege hinderten häufig die Entwicklung bestimmter Länder, indem sie die Wettbewerbsfähigkeit lokaler Unternehmen gefährdeten. Es ist keine Überraschung, dass sogar die von Ursula von der Leyen geleitete Europäische Kommission für eine völlig andere Ausrichtung steht als der letzte Green Deal unter der Leitung von Frans Timmermans. Die europäische Betrachtungsweise wird in einer geopoliti-

schen Lage, in der die weltweit größten Verschmutzer (besonders China, Indien und Russland) die Klimawandelkonferenzen regelmäßig boykottieren, immer grotesker. Der Misserfolg der jährlich durchgeführten COP-Auswertungen ist ein weiterer Beweis dafür. Wir müssen deutlich machen, dass konservativer Umweltschutz nicht mit radikalen „grünen“ Bewegungen identisch ist. Die einzig wahre Lösung ist ein stufenweise erfolgreicher Übergang zur Kernenergie sowie die Ablehnung der ökologischen Weltuntergangspropheten. Wir dürfen uns nicht denen ergeben, die den Umweltschutz zu einem ständigen „Ökowahnsinn“ gemacht haben.

Der Italiener Francesco Giubilei ist Autor, Verleger, Professor an der Universität G. Fortunato in Benevento und Gründer der Denkfabrik Nazione Futura. Er ist Autor von acht Büchern, darunter „The History of European Conservative Thought“, sein erstes Werk, das auf Englisch veröffentlicht wurde.



Francesco Giubilei wurde kürzlich in die Forbes-Liste der 100 einflussreichsten Personen unter 30 Jahren in Italien aufgenommen. Foto: Tamás Gyurkovics

„Wir wollen Europa wieder groß machen“

Balázs Orbán ist die politische rechte Hand des ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán. Im Interview analysiert er die geopolitische Großwetterlage aus Sicht Ungarns **VON SEBASTIAN OSTRITSCH**



Europa muss bereit sein, sich neuen Herausforderungen zu stellen und weltweit als entscheidender Akteur aufzutreten.

Foto: Shutterstock

Auf der Münchner Sicherheitskonferenz sagte US-Vizepräsident J.D. Vance, die größte Bedrohung für Europa gehe nicht von Russland oder China aus, sondern von innen. Wie wurden die Worte von Vance in Ungarn aufgenommen?

Die Rede des US-Vizepräsidenten fasste all das zusammen, was Ungarn in den letzten 15 Jahren in der EU vertrat. Manche mögen deswegen beleidigt sein, aber J.D. Vance sprach über Tatsachen. Er sprach davon, dass die europäischen Staats- und Regierungschefs, die sich von den Grundsätzen der Demokratie entfernten, nicht den Willen ihrer Wähler vertreten, sondern sich vielmehr dagegenstellen und diejenigen bestrafen, die sich nicht dem liberalen Mainstream anschließen. Eine unserer fundamentalsten Auseinandersetzungen mit der linksliberalen Elite dreht sich um die Frage der Migration. Brüssel hat Europa mit illegalen Migranten geflutet, ohne jemals nach dem Willen der Bevölkerung zu fragen und Ungarn, das seine Grenzen dem Willen des Volkes entsprechend verteidigt, mit einer Million Euro pro Tag bestraft. Dies ist eine antidemokratische, vollkommen inakzeptable Vorgehensweise. Wir stimmen daher mit der Aussage von Vance überein: Der Feind ist im Inneren. Man muss die liberalen Brüsseler Eliten, die die Interessen der europäischen Bevölkerung ignorieren, ablösen und stattdessen eine Gemeinschaft aufbauen, die auf der Zusammenarbeit zwischen souveränen Nationen beruht.

In vielen europäischen Ländern werden die USA unter Trump als zunehmend unzuverlässiger Verbündeter angesehen. Insbesondere, seit Präsident Trump vor laufenden Kameras mit dem ukrainischen Präsidenten Selenskyj in Streit geraten ist. Viktor Orbán steht nach wie vor in engem Kontakt mit Trump. Wie sieht die ungarische Regierung ihre Beziehungen zu den USA? Bleiben sie ein zuverlässiger Partner? Ungarn und die USA stehen sich in ihren wichtigsten politischen Leitlinien nahe. Beide Länder haben eine patriotische Führung und die neue US-Regierung vertritt in den Bereichen Migration, Krieg, Gender-Ideologie, Umweltpolitik, Famili-

enpolitik und Christentum die gleichen Positionen wie Ungarn in den letzten 15 Jahren. Dies ist eine hervorragende Grundlage für die Zusammenarbeit. Aber es ist sehr wichtig zu verstehen, dass wir im Gegensatz zu den Liberalen keine Uniformität in unseren Bündnissystemen anstreben. Selbstverständlich wird es immer Situationen geben, in denen unsere beiderseitigen nationalen Interessen nicht vollumfänglich kongruieren. Gerade deshalb suchen wir in Übereinstimmung mit dem ungarischen Interesse und in respektvoller Anerkennung des amerikanischen Interesses Punkte der Kooperation. Wir streben an, Europa in Richtung einer ähnlich pragmatischen außenpolitischen Strategie zu lenken – anstelle einer ideologiebasierten, dogmatischen Außenpolitik.

Angesichts der sich verändernden weltweiten politischen Lage will Europa nun verstärkt in die Stärkung seiner Verteidigungsfähigkeit investieren. Kann Europa in absehbarer Zeit seine eigene Sicherheit gewährleisten?

Die ungarische Regierung betont seit Jahren, dass Europa eine größere Verantwortung für die eigene Verteidigung übernehmen muss; nur auf diese Weise kann die Souveränität der europäischen Länder erhalten bleiben. Zu diesem Zweck wird eine von den Nationalstaaten geführte starke europäische Rüstungsindustrie benötigt. Das derzeitige Problem besteht darin, dass Europa zu wenig Geld ausgibt und die europäische Verteidigungsindustrie auf EU-Ebene keine angemessene finanzielle Unterstützung erhält. Zudem beruhen die Modernisierungen nicht auf europäischer Technologie. Dies muss man unbedingt ändern.

Dabei gilt es jedoch unbedingt zu beachten, dass eine Stärkung der europäischen Verteidigung keinesfalls eine weitere gemeinsame Verschuldung, eine Aufrüstung der Ukraine mit europäischem Steuergeld oder eine schleichende Kompetenzerweiterung durch Brüssel bedeuten darf. Europäische Zusammenarbeit ja, aber keine weitere Föderalisierung.

Die Vereinigten Staaten spielen mit dem Gedanken aus der NATO auszutreten. Hat die NATO noch eine Zukunft?

Für Ungarn ist die NATO ein wichtiges Verteidigungsbündnis, das wir als ein reines Verteidigungsbündnis der Mitgliedstaaten betrachten. Wir unterstützen nicht die Entsendung von Streitkräften in ein Land außerhalb des NATO-Gebiets. Das ist unsere grundlegende Auffassung von der NATO. Anstatt nach außen zu schauen, sollten wir uns auf die Verteidigung der Interessen und der Sicherheit der NATO-Mitgliedstaaten konzentrieren.

Die EU hat Ungarn wiederholt wegen des Vorwurfs von Verstößen gegen die Rechtsstaatlichkeit ins Visier genommen. In Rumänien wurde die Kandidatur von Georgescu Calin nun vom Verfassungsgericht verboten. Die EU schweigt. Fühlt sich Ungarn von der EU ungerecht behandelt?

Das linksliberale Netzwerk der USA wurde vor kurzem durch den USAID-Skandal aufgedeckt und seither hat sich herausgestellt, dass auch Brüssel Steuergelder zur Finanzierung solcher politischen Programme verwendet hat, oftmals gegen den Willen der Bevölkerung und gegen demokratisch gewählte konservative Regierungen. Nach dem Sturz der Demokraten in Washington wird nun sogar offen darüber gesprochen, dass Brüssel die neue globale Rolle der Verteilung und Koordinierung von Geldern aus diesem internationalen liberalen Korruptionsnetzwerk übernehmen soll. Des Weiteren werden auch aus anderen Ländern antidemokratische Fälle bekannt. Marine Le Pen wurde in Frankreich gerade die Kandidatur für das Präsidentenamt untersagt, die polnische Regierung führt eine politische Hexenjagd gegen die konservative Opposition durch und Matteo Salvini wurde vor Gericht gezerzt, weil er Italien gegen illegale Migranten verteidigt hat. All diese Fälle zeigen, dass Brüssel, während es sich an Ungarn abarbeitet, die Augen vor viel schwerwiegenderen Fällen von Rechtsstaatlichkeitsverstößen verschließt. Das einzige Problem Brüssels mit Ungarn ist, dass wir uns nicht unterordnen.

Die ungarischen Regierungsparteien Fidesz und KDNP gehören der Fraktion „Patrioten für Europa“ an, der dritt-

größten Fraktion im Europäischen Parlament. Welche Änderungen strebt Ungarn in der EU an?

Die Idee einer immer engeren Union ist eine Sackgasse. Im letzten Jahrzehnt haben die EU-Bürokraten versucht, die Entscheidungsfindung in den Bereichen Migration, Umweltschutz, Sicherheit, Krieg und anderen Fragen zu zentralisieren. In keinem dieser Bereiche waren sie in der Lage angemessene Lösungen zu finden, so dass die Zentralisierung nunmehr Teil des Problems geworden ist. Europa wird nur funktionieren, wenn die Mitgliedstaaten ihre Souveränität behalten, nicht über ihre Köpfe hinweg entschieden wird und sie eine institutionelle Plattform zur Zusammenarbeit schaffen. Dafür wird sich Ungarn einsetzen. Die Fraktion der Patrioten für Europa ist nicht für die Bürokraten da, sondern für die Interessen der Menschen in Europa. Wir sind die Opposition von Brüssel: Wir blicken nicht nach außen, sondern wollen Brüssel aus den Händen der gescheiterten europäischen Eliten zurückholen und Europa – unser aller Heimat – wieder groß machen.

In Deutschland zeichnet sich eine Koalition zwischen der CDU und der SPD ab. Bedauern Sie die mangelnde Bereitschaft der CDU, mit der AfD zusammenzuarbeiten?

Ungarns Position ist, dass wir uns nicht in die inneren Angelegenheiten anderer Länder einmischen, aber wir hoffen, dass die nächste Regierung der führenden Wirtschaftsmacht der EU in der Lage sein wird, die fehlgeleiteten Entscheidungen der vorherigen Regierung zu korrigieren – unter denen wir in Europa alle gelitten haben. Die deutsche Wirtschaft hat sehr unter der schlechten politischen Führung gelitten und das hat sich auch auf die ungarische Wirtschaft ausgewirkt. Wir sind zuversichtlich, dass sich die Dinge ändern werden. Wir sind zudem bereit, bei Sachfragen – das Interesse Ungarns stets vor Augen – mit allen zusammenzuarbeiten und natürlich wird die ungarische Regierung einer guten Partnerschaft mit Deutschland stets Priorität einräumen.

Wie beurteilen Sie den derzeitigen Zustand der deutsch-ungarischen Beziehungen?

Ungarn und Deutschland verbindet eine tiefe historische und wirtschaftliche Beziehung. Wir sind bereit, diese Beziehungen im Rahmen einer pragmatischen, für beide Seiten vorteilhaften Partnerschaft auf der Grundlage nationaler Interessen weiter zu vertiefen. Wir werden allen deutschen Regierungen mit Respekt begegnen – auch wenn dies umgekehrt leider nicht immer der Fall ist. Vor einigen Monaten hat die deutsche Botschafterin in Ungarn in schwerwiegender Weise versucht, sich in die inneren Angelegenheiten Ungarns einzumischen – selbst die FAZ schrieb damals, dass ein Diplomat es unter allen Umständen vermeiden sollte, den Bürgern eines demokratischen Staates Wahlempfehlungen zu geben oder auch nur diesen Anschein zu erwecken. Wir hoffen, dass ähnliche Fälle in Zukunft nicht mehr vorkommen werden. Wenn wir die Souveränität und Interessen des jeweils Anderen respektieren, können unsere Beziehungen wieder einer blühenden Ära entgegensehen.

Dr. Balázs Orbán ist seit 2021 politischer Direktor von Ministerpräsident Viktor Orbán. Außerdem ist er Kuratoriumsvorsitzender des Mathias Corvinus Collegiums und Vorsitzender des Beirats der Nationalen Universität für den Öffentlichen Dienst (NKE).



Seit 2015 unterrichtet Balázs Orbán an der Nationalen Universität für den Öffentlichen Dienst (NKE) und am MCC. Orbán ist Autor von Büchern wie „Das strategische Denken von Ungarn“, die in mehreren Sprachen veröffentlicht wurden.

Foto: Ministerpräsidentenamt Ungarns